

Sozialpolitik und die Hegemonie der „Hausväterökonomie“. Anmerkungen zur Sozialstaatsdebatte

Hartmut Reiners

Im Sommer 2009 gelang Peter Sloterdijk mit seinem Essay „Die Revolution der gebenden Hand“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 13.6.2009) ein publizistischer Paukenschlag. Er stellte unseren Sozialstaat als eine sinnlose, von den höheren Einkommensschichten finanzierte Umverteilungsmaschine dar. Damit handelte er sich zu Recht zornige Reaktionen ein, u. a. von Axel Honneth (Die Zeit vom 25.9.2009) und Martin Seel (Die Zeit vom 29.10.2009), die ihn als „gesellschaftspolitischen Geisterfahrer“ bezeichneten und ihm „Klassenkampf von oben“ vorwarfen. Diese Kritik rief wiederum notorische Querköpfe wie Karl-Heinz Bohrer zur Gegenpolemik auf den Plan, und die Chefredakteure der sich als seriös verstehenden Presse freuten sich über eine die Leser bindende Seriendebatte.

ÖKONOMISCHE FAKTEN UND DIE IGNORANZ DER GEBILDETEN STÄNDE

Merkwürdig war, dass auch Autoren, die in Sloterdijk einen reaktionären Apologeten des Besitzbürgertums sehen, auf dessen ausgesprochen selektive Verarbeitung der Fakten unseres Fiskalsystems kaum eingingen. Sie scheinen also seine Behauptung, die Besserverdienenden seien mit den von ihnen gezahlten Steuern die Hauptspender des Sozialstaats, im Kern zu akzeptieren. Offenbar sind die Ressourcen und Strukturen des Sozialbudgets den meisten Intellektuellen Hekuba. Das macht unterm Strich auch die verdienstvolle Zusammenstellung der Sloterdijk-Debatte von Jan Rehmann und Thomas Wagner¹ deutlich. Nur einer der dort gesammelten 37 Beiträge, der von Michael Hartmann,² stellt Sloterdijks eklatante Wissenslücken über unser Steuer- und Abgabensystem bloß.

Sloterdijk stellt zutreffend fest, dass zwei Drittel des Einkommensteueraufkommens von 20 % der Einkommensteuerzahler stammen. Aber das ist schon deswegen in Ordnung, weil dieses obere Fünftel mehr als 60 % des steuerpflichtigen Einkommens bezieht. Wer wird da benachteiligt? Richtig peinlich wird es, wenn Klaus Hartung (Der Tagesspiegel vom 20.8.2009) die Frage stellt, ob es gerecht sei, dass „20 Prozent der sogenannten Besserverdienenden zwei Drittel des Haushalts (tragen)“. Das ist nicht nur wegen der Gleichsetzung von Steuerzahlern mit den Besserverdienenden kompletter Unsinn. Die Finanzstatistik weist für das Jahr 2009 aus, dass die Lohn- und Einkommensteuern ein knappes Drittel des gesamten Steueraufkommens ausmachen. Dessen Löwenanteil (60 %) stellen die Umsatz- und Verbrauchssteuern, die alle Bürger bzw. Unternehmen zahlen und die weder Sozialausgleich noch Steuerprogression kennen. Aber schon die Unterstellung, der Sozialstaat werde aus Steuern finanziert, ist falsch, weil diese nur knapp 40 % des 777 Mrd. € umfassenden Sozialbudgets abdecken. Gut 60 % der Sozialleistungen tragen die Mitglieder der Sozialversicherungen und deren Arbeitgeber mit ihren Beiträgen. Dank Versicherungspflicht- und Beitragsbemessungsgrenze wird dieser Anteil des Sozialbudgets zudem größtenteils aus den unteren und mittleren Einkommensgruppen der Arbeitnehmer gespeist. Selbstständige, Beamte und leitende Angestellte leisten entweder gar keinen oder nur einen reduzierten Beitrag zu diesem Solidarsystem.

DIE IDEOLOGISCHE HEGEMONIE DER „HAUSVÄTERÖKONOMIE“

Diese Fakten ignoriert Sloterdijk souverän. Mit prätentiösem Pathos transportiert er

das bornierte Gesellschaftsmodell marktradikaler Ökonomen und Publizisten ins Feuilleton, für die Steuern nichts weiter sind als legalisierter Raub. Er spricht damit ein bürgerliches Milieu an, das schon immer einen eher ästhetischen als sachbezogenen Zugang zu politischen Streitfragen hatte. Da dessen ökonomische Bildung ausbaufähig ist, kann Sloterdijk mit seiner Behauptung, Zins und Kredit seien das „Moven der modernen Wirtschaftsweise“ und daher Geld- und Vermögensbesitzer die „gebende Hand“ des Sozial- und Steuerstaats, den Anstrich eines Tabus brechenden Neuerers geben, wo er doch nur kalten Kaffee der neoklassischen Wirtschaftstheorie wieder aufwärmmt.

Diese basiert auf einem subjektiven Wertbegriff, der im Marktgeschehen nur den Ausdruck der individuellen Präferenzen der Akteure sieht und sich nicht weiter fragt, mit welchem Aufwand an Arbeit und Rohstoffen die angebotenen Waren erstellt wurden. So wird die Wirtschaftswelt auf Tauschprozesse reduziert, das Eigentum erscheint als Quelle allen Wohlstands und jeder Zusammenhang von gesellschaftlicher Arbeit und Wertschöpfung wird ausgelöscht. Der in der Produktion erwirtschaftete Profit wird genauso zum Zins wie die Erträge aus Spareinlagen, und Hedgefonds gelten als ebenso produktiv

¹ Vgl. Rehmann, J./Wagner T. (Hrsg.) (2010): Angriff der Leistungsträger? Das Buch zur Sloterdijk-Debatte, Hamburg.

² Ebd. S. 121ff.

Hartmut Reiners lebt als Ökonom und Publizist in Berlin; bis Herbst 2009 war er Leiter des Referats Grundsatzfragen der Gesundheitspolitik im Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit des Landes Brandenburg.
e-mail: hartmut-reiners@t-online.de

wie die sogenannte Realwirtschaft. Der leider in Vergessenheit geratene Ökonom und Soziologe Werner Hofmann brachte es 1968 in seinem luziden Vortrag über „Das Elend der Nationalökonomie“ auf den heute noch gültigen Punkt: „Man kann sich schwerlich eine Theorie der Mechanik ohne das Hebelgesetz, eine Astronomie ohne die Lehre von der Gravitation, eine Biologie ohne Einsicht in die Vorgänge der Zellvermehrung denken. In der Ökonomie aber gedeiht eine Produktionstheorie ohne Konzept von dem Prozess der Wertschöpfung, und sie befindet sich wohl dabei“.³ An dieser schmerzfreien Selbstzufriedenheit in den ökonomischen Fakultäten hat sich seither nichts geändert.

Die Dominanz der neoklassischen Doktrin im wirtschafts- und sozialpolitischen Diskurs ist frappierend. Der Wohlfahrtsökonom Kenneth Boulding⁴ wetterte schon vor 40 Jahren gegen einen „Imperialismus der Ökonomen“, der darin bestehe, die stets ihren subjektiven Nutzen maximierende Denkfigur des Homo oeconomicus als ubiquitären Erklärungsansatz für alle gesellschaftlichen Fragen zu verwenden. Für dessen Übertragung auf so wirtschaftsferne Themen wie Liebe und familiäre Beziehungen erhielt Gary Becker sogar den Ökonomie-Nobelpreis. Aber gerade diese „personalistische Sicht der Wirtschaftsgesellschaft“ (Werner Hofmann) ist das Erfolgsgeheimnis der neoklassischen Ökonomen. Ihre Modelle beruhen auf der trivialen Annahme, dass Menschen stets versuchen werden, das Beste aus jeder Situation herauszuholen. Sie appellieren an Alltagserfahrungen und tun so, als funktioniere die moderne Volkswirtschaft wie ein Wochenmarkt. Peter Bofinger fand für diesen populistischen Zugang zu wirtschaftspolitischen Fragen die Bezeichnung „Hausväterökonomie“ (Süddeutsche Zeitung vom 2.1.2004), nicht ahnend, dass Jahre später Angela Merkel die „schwäbische Hausfrau“ zum Leitbild ihrer Fiskalpolitik machen würde.

KAPITALDECKUNG: DIE ILLUSION DER „HAUSVÄTERÖKONOMIE“

Auf diese Eingängigkeit der Vulgärökonomie baut auch das von etlichen Ökonomen mit großem Medienecho verbreitete Postulat, die Umlagefinanzierung der Sozialversicherung müsse auf ein Ansparsystem umgestellt werden. Die nicht nach Altersrisiken differenzierten Sozialversiche-

rungsbeiträge belasteten zukünftige Generationen, bei denen sich ihre Eltern und Großeltern faktisch verschuldeten. So behaupten z. B. Stefan Felder und Stefan Fetzer,⁵ diese „implizite Schuld“ der heutigen gegenüber zukünftigen Generationen werde allein in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) bis 2050 auf etwa ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts anwachsen. Diesen Effekt könne man nur durch den Aufbau eines Kapitalstocks vermeiden, in den die heutigen GKV-Mitglieder Sonderbeiträge einzahlen. Deren zukünftig zu erwartende Altersrisiken könnten aus den Erträgen dieses Fonds abgedeckt werden. Der derzeitig zuständige Minister, Philipp Rösler, will dieses in der Privaten Krankenversicherung seit jeher praktizierte Verfahren schrittweise in der Gesetzlichen Pflegeversicherung einführen.

Derartige Generationenbilanzen sind per se unsinnig. Mit dem gleichen Recht, wie zukünftige Belastungen der jüngeren Generation durch die Krankheitskosten ihrer Eltern und Großeltern zu deren Schulden aufsummiert werden, könnten Letztere ihren Nachkommen deren Ausbildungskosten in Rechnung stellen, ganz zu schweigen von den über Schenkungen und Erbschaften laufenden Transfers, deren Umfang wir gar nicht genau kennen. Wer weiß, vielleicht käme bei einer solchen Salidierung sogar heraus, dass sich die jüngere bei der älteren Generation verschuldet. Das wäre zwar in gesellschaftspolitischer wie ökonomischer Hinsicht grober Unfug, entspräche aber der Logik des Aufrechnens von Transfers zwischen den Generationen. Bei Licht besehen sind derartige Generationenbilanzen nichts weiter als der Versuch, der Umstellung der solidarischen Umlagefinanzierung unserer Sozialversicherung auf ein System mit Kapitaldeckung und individueller Risikokalkulation einen wissenschaftlichen Anstrich zu geben.

Damit wird die Illusion geweckt, das Eigentum von Anteilen eines Kapitalstocks sei an sich ein sicherer Wechsel auf die Zukunft und dem Umlageverfahren überlegen. Diese Sparstrumpfideologie blendet den Zusammenhang von Kapitalbildung und Wertschöpfung komplett aus. Was aus der Perspektive eines Familienhaushaltes plausibel erscheint, nämlich der Aufbau finanzieller Reserven, ist aus gesamtwirtschaftlicher Sicht eine Schimäre. Die moderne Volkswirtschaft kennt keinen Geldspeicher wie den von Dagobert Duck, aus dem man sich wie bei einem Bankau-

tomaten bedienen kann. Es gilt vielmehr das von Gerhard Mackenroth bereits 1952 formulierte Gesetz, „dass aller Sozialaufwand immer aus dem Volkseinkommen der laufenden Periode gedeckt werden muss“.⁶ Deshalb kann man auch die sich aus der demografischen Entwicklung ergebenden Probleme nicht mit einer anderen Finanzierungsmethode einfach wegzubauen. Sowohl das Umlageverfahren als auch die Kapitaldeckung implizieren Ansprüche auf die Teilhabe an der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung zukünftiger Perioden. Für deren Einlösung steht im ersten Fall der Sozialstaat bzw. die gesamte Volkswirtschaft gerade, im zweiten Fall vordergründig die Finanzwirtschaft. Diese ist zur Refinanzierung ihrer Verpflichtungen auf ein ausgewogenes Verhältnis von Entsparenden zu Sparern angewiesen. Nach einer Branchenfaustregel müssen auf 100 Auszahlungskunden mindestens 120 neue Einzahler gewonnen werden. Sonst droht ein als „asset meltdown“ gefürchteter Effekt: Das angesparte Portfolio hat nicht mehr den für seine Refinanzierung erforderlichen Marktwert, weil es mehr Verkäufer als Käufer von Fondsanteilen und Aktien gibt.⁷ Der demografische Trend geht aber spätestens ab 2020, wenn die Jahrgänge 1955 bis 1969 allmählich aus dem Erwerbsleben scheiden, in die Richtung einer Entsparer-Sparer-Relation von 100:100, wenn nicht 100:90. Demografiefestigkeit sieht anders aus. Nicholas Barr (London School of Economics) zieht daher aus seiner Analyse der Kapitaldeckung den Schluss: „Aus wirtschaftlicher Sicht ist der demographische Wandel kein gu-

³ Hofmann, W. (1968): Das Elend der Nationalökonomie, in: Ders.: Universität, Ideologie, Gesellschaft. Beiträge zur Wissenschaftssoziologie, Frankfurt am Main, S. 117–140, hier: S. 137.

⁴ Vgl. Boulding, K. E. (1973): Ökonomie als eine Moralwissenschaft, in: Voigt, W. (Hrsg.): Seminar: Politische Ökonomie. Zur Kritik der herrschenden Nationalökonomie, Frankfurt am Main, S. 103–125.

⁵ Vgl. Felder, S./Fetzer, S. (2007): Die Gesundheitsreform – (k)ein Weg zur Entlastung zukünftiger Generationen?, in: Gesundheits- und Sozialpolitik 61 (7–8), S. 39–45.

⁶ Mackenroth, G. (1952): Die Reform der Sozialpolitik durch einen deutschen Sozialplan, in: Albrecht, G. (Hrsg.): Verhandlungen auf der Sondertagung des Vereins für Socialpolitik vom 18. und 19. April 1952, Schriften des Vereins für Socialpolitik N. F. Band 4, Berlin, S. 39–59, hier: S. 42.

⁷ Vgl. Hypovereinsbank (2003): Agewave – Zur Demographieanfälligkeit von Aktienmärkten. München.

tes Argument zugunsten kapitalgedeckter Systeme“.⁸

Was passiert, wenn der Kapitalmarkt in Turbulenzen gerät, ist bekannt. *Hyman P. Minsky* hat ihn schon 1974 in seiner „Theorie der finanziellen Instabilität“⁹ als manisch-depressives System beschrieben, in dem alle Akteure mangels objektiver Informationen sich daran orientieren, was andere machen, und sich gegenseitig hochschaukeln oder mit Depressionen infizieren. Es entsteht eine Spekulationsblase, deren ebenso erwartbares wie für die Spieler in den Casinos der Finanzmärkte überraschendes Platzen das fragile Geflecht der Kreditmärkte erschüttert. Die zuvor bedenkenlos Kredite gewährenden Banken wissen nicht mehr, wie sie die Risiken bewerten sollen und geraten in Panik. Sie „vertrauen sich untereinander nicht mehr und drehen deswegen den Geldhahn zu“, konstatierten die Finanzmarktexperten *Franke und Krahnen* (FAZ vom 27.11.2007) bereits ein Jahr vor dem Zusammenbruch von Lehmann Brothers, gemäß den Wörtern des großen *Helmut Qualtinger*: „I trau dena nöt. I kenn mi!“. Es folgen laute Hilferufe nach einem „Rettungsschirm“ an die Zentralbanken und Regierungen. Das war nicht erst im Herbst 2008 so. Bereits 2003 musste die Bundesregierung als „stiller Retter“ (Spiegel Nr. 43/2003) mit einem milliardenschweren Hilfspaket in Form von erweiterten Abschreibungsmöglichkeiten die Versicherungswirtschaft vor einem Desaster bewahren, nachdem diese beim Platzen der „Dotcom-Blase“ über 100 Mrd. € versenkt hatte. Wenn schon die Finanzwirtschaft auf den Staat als „weißen Ritter“ setzt, welchen Grund sollten dann die Bürger haben, ihre soziale Absicherung nicht gleich der öffentlichen Hand anzuertrauen?

SOZIALPOLITIK ALS INFRA-STRUKTURPOLITIK

Die öffentliche Debatte über den Sozialstaat hat neben der total verzerrten Darstellung seiner finanziellen Ressourcen ein weiteres Defizit. Sie reduziert die Sozialpolitik auf die Gewährung von Lohnersatz-

leistungen und ist damit auf den Stand der 1950er Jahre zurückgefallen, als *Elisabeth Liefmann-Keil* feststellte, Sozialpolitik sei „eine Politik der Einkommensverteilung geworden“.¹⁰ Sie traf damit damals den Kern der Sache, weil es um den Lastenausgleich der Kriegsfolgen, die Einführung der dynamischen Rente und die Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ging. Bereits *Otto von Bismarck* hatte die von ihm gegründete Sozialversicherung als ein System von Lohnersatzleistungen konzipiert. Diese Funktion haben die Renten- und Arbeitslosenversicherung auch heute noch. Die Gesetzliche Krankenversicherung ist darüber aber schon lange hinausgewachsen. Machte das Krankengeld 1960 noch 30 % ihrer Ausgaben aus, liegt dieser Anteil heute bei 6 %. Die Pflegeversicherung hat komplett nichts mehr mit Lohnersatzleistungen zu tun.

Der moderne Wohlfahrtsstaat geht weit über die Funktion der Einkommensverteilung hinaus. Er finanziert mit der Kranken- und Pflegeversicherung wachsende Dienstleistungsbranchen mit einem großen Jobpotenzial. Eine gute medizinische und pflegerische Versorgung für die gesamte Bevölkerung gehört mittlerweile ebenso zu den Anforderungen moderner Volkswirtschaften wie ein effektives Bildungssystem und Programme zur Kinderbetreuung. Die Notwendigkeit einer öffentlichen Finanzierung dieser Bereiche ergibt sich nicht nur aus dem Verfassungsauftrag der Gewährleistung von Chancengleichheit durch den Staat. Sozialpolitik ist schon längst keine Wohltätigkeitsanstaltung für Bedürftige mehr, sondern Infrastrukturpolitik mit unverzichtbaren öffentlichen Investitionen in Bildungs- und Sozialeinrichtungen. Regionen mit einer in dieser Hinsicht schlechten Ausstattung können ihre wirtschaftliche Lage nicht verbessern, weil sie den dafür benötigten qualifizierten Arbeitskräften unattraktive Lebensbedingungen bieten. Es bringt nichts, noch mehr Fördergelder für Gewerbeansiedlungen und bessere Verkehrswege in wirtschaftlich schwache Gebiete zu pumpen, wenn es dort keine guten

Angebote an Schulen sowie sozialen und medizinischen Einrichtungen gibt. Auch können die sich aus der demografischen Entwicklung in den nächsten 20 Jahren ergebenden Probleme, insbesondere das sinkende Erwerbspotenzial, nur von einer hoch produktiven und alle Erwerbswilligen inkludierenden Volkswirtschaft bewältigt werden. Diese setzt ein hohes allgemeines Bildungsniveau und die gezielte Förderung des Arbeitskräftepotenzials ebenso voraus wie effektive und allen Bürgern zugängliche Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens.

Diese Dialektik von Wirtschafts-, Bildungs- und Sozialpolitik wurde in der internationalen Debatte von Autoren wie *Nicholas Barr* oder *Gösta Esping-Andersen* schon vor Jahren herausgearbeitet. In Deutschland dominiert dagegen immer noch eine absurde Spiegelfechterei über den Sozialstaat als Lohnkostenfaktor mit dem Mantra, die Senkung der Sozialabgaben sei ein Schlüssel für wirtschaftliches Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Nur wenige Politiker sind so einsichtig wie der frühere Arbeitsminister *Walter Riester*. Er bezeichnete es in einem Interview (Tageszeitung (TAZ) vom 31.08.2005) als „seinen größten Fehler“, die Fokussierung der rot-grünen Koalition auf die Senkung der Lohnnebenkosten mitgetragen zu haben. Er habe sie am Anfang sogar geglaubt, „weil doch eine Millionen Fliegen nicht irren können.“ Man darf eben nicht alles für bare Münze nehmen, was Ideologieproduzenten und habilitierte Mietmäuler in Gutachten, Leitartikeln und Talkshows als Gewissheit verkaufen.

⁸ Barr, N. (2002): Rentenreformen: Mythen, Wahrheiten und politische Entscheidungen, in: Internationale Revue für Soziale Sicherheit 55 (2), S. 3–46, hier: S. 13.

⁹ Vgl. Minsky, H. P. (1974): The modelling of financial instability. An introduction, in: Instrument Society of America (Hrsg.): Modelling and Simulation Vol. 5, S. 267–272.

¹⁰ Liefmann-Keil, E. (1961): Ökonomische Theorie der Sozialpolitik. Berlin/Göttingen/Heidelberg (S. 1).